

16. Berliner Symposium zum Flüchtlingsschutz: Europa an der Grenze: Die Krise und die Zukunft des Flüchtlingsschutzes

Thema: „Perspektiven ab Tag eins: Welche
integrationspolitischen Weichen sind jetzt zu
stellen?“

21. Juni 2016

Präsident

Ulrich Lilie
Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin
Telefon: +49 30 65211-1763
Telefax: +49 30 65211-3763
praesidialbereich@diakonie.de

16. Berliner Symposium zum Flüchtlingsschutz: Europa an der Grenze: Die Krise und die Zukunft des Flüchtlingsschutzes

Einstieg: Architekturbienale Venedig – Deutscher Pavillon: Wohnen //Making Heimat //

1. Asyl ist ein Menschenrecht
2. Integration beginnt im Kopf
3. Integration geht alle an
4. Integration beginnt am 1. Tag
5. Kultur der Improvisation
6. Integration ist ein Marathonlauf, der gerade erst begonnen hat

Sehr geehrte Damen und Herren,

“Making Heimat. Germany, Arrival Country.”¹ Unter diesem Titel steht der deutsche Beitrag auf der 15. Internationalen Architekturausstellung, der Biennale in Venedig. Vielleicht hat der eine oder die andere von Ihnen davon gehört. Mir geht das Bild, das ich vom Deutschen Pavillon in der Süddeutschen Zeitung² gesehen habe, nicht aus dem Kopf.

Das Berliner Architekturbüro „Something Fantastic“ hat den traditionsgesättigten Bau von 1909 buchstäblich aufgestemmt: Mehr als 48 Tonnen Ziegelsteine wurden aus den denkmalgeschützten Wänden gebrochen. Und diese herausgebrochenen Steine verwandeln das Gebäude nun in ein offenes Haus. Und in eine Baustelle. - Es geht einfach so nicht weiter wie bisher, sagt dieser Entwurf:

Der Pavillon ist offen. Deutschland ist offen.

Der Bezug zu den Menschen, die bei uns Zuflucht und Zukunft suchen, liegt auf der Hand: Obwohl aktuell die Außengrenzen der EU für Flüchtlinge weitgehend geschlossen wurden, fordert die Geste des offenen Hauses dazu auf, über Deutschland als Zufluchtsort, aber auch als offenes Einwanderungsland nachzudenken.

¹ www.makingheimat.de

² Laura Weissmüller: Frontbericht, Süddeutsche Zeitung, 28./29. Mai 2016.

Ich freue mich immer, wenn ich unerwartet geistige Verbündete entdecke, die sich engagiert und konstruktiv mit den Themen Flucht und Einwanderung beschäftigen. In der Architektur, in der Wirtschaft, in der Kunst oder der Kirche. Wir brauchen diesen konstruktiven Gedankenaustausch kreuz und quer in unseren Zivilgesellschaften, nicht nur in Deutschland. Es braucht, dringender denn je, einen internationalen, interdisziplinären Austausch, um zu Handlungskonzepten zu kommen, die der Menschheit im globalen Dorf eine lebenswerte Zukunft erlaubt. 60 Millionen Flüchtlinge weltweit, das wissen Sie alle hier, sind erzwungenermaßen auf Wanderung. Derzeit kommt nur ein Bruchteil von Ihnen hier bei uns an. Ob das so bleibt? Im Deutschen Pavillon auf der Architekturbieniale geht es auch um Flüchtlingsheime – und um die Frage, wie sich Städte oder ländliche Räume zukünftig gestalten lassen, um das Ankommen neuer Menschen zu erleichtern. Die den Pavillon begleitende Ausstellung „Making Heimat“ stellt Antworten auf die Frage vor, wie sich stadtplanerisch günstig, schnell und doch nachhaltig Häuser für Flüchtlinge (und andere Menschen mit wenig Geld) bauen lassen, in denen sich gut und gerne leben lässt.

Von einer weitsichtigen, menschnahen Integrationspolitik profitiert langfristig immer die ganze Gesellschaft. Im Umkehrschluss gilt auch: Eine kurzsichtige Ausgrenzungspolitik schadet und spaltet unser Land.

„Perspektiven ab Tag eins: Welche integrations-politischen Weichen sind jetzt zu stellen?“

Das Wort Perspektive kommt aus dem Lateinischen. Perspicere heißt hindurchsehen, hindurchblicken. Perspektiven, das, was jemand sieht, sind an den Standort des Betrachters gebunden. Der Standpunkt, von dem aus wir in der Diakonie Perspektiven entwickeln, ruht gleichermaßen auf der Verfassung unseres Landes wie auch auf unserem christlichen Menschenbild. Beides bildet die Basis unseres Denkens und Handelns:

1. Asyl ist ein Menschenrecht

Die Deutsche Verfassung garantiert – Gott sei Dank! -, dass Menschenwürde und Menschenrechte nicht verhandelbar sind. Das individuelle Grundrecht auf Asyl, das im Deutschen Grundgesetz und in der EU-Grundrechtecharta verankert ist, gilt in unserem Land.

Christen verstehen Menschen auch als „Ebenbilder Gottes“. Das ist ein kraftvoller, biblischer Aufschlag, der dem moderneren, säkularen Begriff der Menschenwürde vorangibt.

Wenn ich über integrationspolitische Weichenstellung rede, über Perspektiven ab Tag eins – sind es dieses Menschenbild und dieses Rechtsverständnis, die mich, die uns in der Diakonie leiten.

Die Auffassung, Konflikte und Kriege oder die Folgen des Klimawandels in fernen Ländern gingen uns nichts an, sind schon deswegen nicht haltbar. Nationale oder gar nationalistische Politikansätze sind schlicht vorgestrig. Die Menschheit lebt längst als eine Schicksals- und Verantwortungsgemeinschaft auf diesem Planeten. Fluchtursachen – Krieg, Armut, Klimawandel – können wir nur gemeinsam wirkungsvoll bekämpfen. Nur gemeinsam können wir erfolgreich daran arbeiten, dass dieser unbegreiflich erwählte Planet weiterhin eine Lebensgrundlage für alle bietet. Die Zeit für tragfähige Antworten drängt.

Selbstverständlich sollte auch sein, dass wir in einem Europa der Menschenrechte eine gemeinsame und glaubwürdige europäische Antwort auf diese Jahrhundertherausforderung Flucht brauchen. Und diese Antwort kann nicht darin bestehen, Grenzen dicht zu machen. Genau so wenig darf die Aufgabe, Flüchtlinge in Deutschland und Europa zu schützen, dauerhaft auf andere Staaten wie die Türkei abgewälzt werden, in denen bis heute kein angemessener Schutz und kein rechtsstaatliches Asylverfahren garantiert sind.

Angesichts der weltweiten Flüchtlingsbewegungen haben wir die grundsätzliche Pflicht, denen, die bei uns Zuflucht und Zukunft suchen, angemessene Wege in unsere Gesellschaften zu öffnen.

Die Frage ist: Wie kann das gelingen?

2. Integration beginnt im Kopf

Ich bin überzeugt: Integration beginnt zunächst im Kopf. Und im Herzen. Wer die Menschen, die bei uns Zuflucht und Zukunft suchen ausschließlich als Bedrohung ansieht, wird kaum brauchbare Ideen entwickeln, wie man ihnen die Ankunft erleichtert. Deswegen brauchen wir in Deutschland und in Europa dringend einen Paradigmenwechsel: Weg vom einseitigen Paradigma der Last, hin zu dem des Potenzials, das jeder Mensch in sich trägt. Weg vom Flüchtling, der kostet, hin zum Menschen, der kostbar ist.

Doch die Wurzeln des alten Paradigmas der Last, des lästigen Flüchtlings, liegen tief: Die Gesellschaft für Deutsche Sprache kürte „Flüchtling“ zum Wort des Jahres 2015. In der lesenswerten Begründung heißt es, das Substantiv sei auch sprachlich interessant.

Ich zitiere: „Gebildet aus dem Verb flüchten und dem Ableitungssuffix –ling ..., klingt Flüchtling für sprachensible Ohren tendenziell abschätzig: Analoge Bildungen wie Eindringling, Emporkömmling oder Schreiberling sind negativ konnotiert, andere wie Prüfling, Lehrling, Findling, Sträfling oder Schützling haben eine deutlich passive Komponente. Neuerdings ist daher öfter alternativ von Geflüchteten die Rede. Ob sich dieser Ausdruck im allgemeinen Sprachgebrauch durchsetzen wird, bleibt abzuwarten.“³ Zitat Ende. –

Für das Gelingen von Integration, für die Verwandlung von Flüchtlingen in Mitmenschen, ist bloßes Abwarten keine angemessene Haltung. Nicht nur wer ablehnt, gefährdet den Erfolg von Integration. Auch wer nur abwartet, gefährdet Integration. Und wer Integration gefährdet, gefährdet den gesellschaftlichen Frieden für uns alle.

3. Integration geht uns alle an

Ich verstehe Integration nicht allein als eine Bringschuld der auf das Fremdsein reduzierten „Fremden“. Eine wirklichkeitsnahe und erfolgreiche Integration ist vielmehr immer eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die das Engagement der Alteingesessenen genauso wie das der Neuankommenden braucht. Denn: „Migration heißt, fremd zu sein. Bei Begegnungen mit Flüchtlingen, sind alle Beteiligten fremd, auch die, die zur „Mehrheitsgesellschaft“ gehören. Denn ihnen wird vor Augen geführt, dass ihre eigene Lebensweise und ihre Deutungen ihrer Welt nicht selbstverständlich sind.“ (Helmut Weiß, Migration und Seelsorge)

Vermutlich ist das die tiefgreifendste aktuelle Lernerfahrung und Herausforderung für unsere Gesellschaft, die mit einer weit verbreiteten und tiefen Verunsicherung verbunden ist. Und selbstverständlich verändert der Prozess der Integration unser Land. Wie es solche Prozesse immer mit sich gebracht haben. Doch die Aufnahme von Flüchtlingen oder von Arbeitsmigranten und ihre gelingende Integration ist nicht nur in der deutschen Geschichte immer eine Investition in die Zukunft einer Gesellschaft gewesen. Im 17. Jahrhundert kamen die Hugenotten nach Preußen, an die man hier in der Französischen Friedrichstadtkirche kaum zu erinnern braucht, im 19. Jahrhundert die Ruhrpolen aus Masuren, im 20. Jahrhundert die Türken – auf Einladung. Menschen gehen dorthin, wo sie Arbeit, Frieden und Zukunft für sich und ihre Kinder erhoffen. Und Menschen kommen in ihrer neuen Heimat an, wenn sie dort eben schnell Arbeit, Frieden und Zukunft für sich und ihre Kinder finden.

³ www.gfds.de/wort-des-jahres-2015

Und immer wieder lösen und lösen „die Neuen“ Widerstände aus: ihr anderer Glaube, ihre anderen Lebenserfahrungen, ihre andere Sprache, die andere Kleidung und das andere Essen – Fremde eben. – Aber wir können ihrer Hoffnung und ihrem Talent eine neue Heimat geben. Wir können es Ihnen und uns auch nur schwerer machen. Aber dann werden wir gemeinsam einen hohen gesellschaftlichen Preis dafür bezahlen müssen.

4. Integration beginnt am ersten Tag

Integration beginnt mit dem ersten Tag. Ob aus dem Willkommen ein Ankommen wird, entscheidet sich heute. Das lange Warten macht die Menschen krank und zornig. Wer monatelang untätig auf seinem Feldbett sitzen und darauf warten muss, bis sein Schutzstatus und sein Aufenthaltstitel geklärt werden, bis seine Familie zu ihm und er oder sie arbeiten darf, verliert den Mut. Oder wird wütend. Wer sein Schicksal nicht selbst in die Hand nehmen darf und beim Aufbau eines neuen Lebens nicht unterstützt wird, ist dann später nur sehr viel schwieriger für gute Vorschläge zu gewinnen. Darum müssen wir schneller, effizienter und beweglicher bei unseren notwendigen Bemühungen um Integration werden. Voraussetzung für Integration sind zum einen staatliche Angebote und rechtliche Regelungen, die den Menschen einen sicheren Aufenthalt, Zugang zu Integrationsmaßnahmen und zum Arbeitsmarkt sichern. Entscheidend sind vor allem gut koordinierende Kommunen und die Zivilgesellschaft. Ich werbe für kommunale runde Tische, an denen sich zum Beispiel Wirtschaftsbetriebe, Handwerks- und Handelskammern, Kommunalverwaltung, Stadt- und Bildungsplaner, Jobcenter, Bildungsinstitutionen, Kirchengemeinden, Hochschulen, Migrantenselbstorganisationen und Flüchtlingsinitiativen miteinander vernetzen und sich gemeinsame, verbindliche, am besten auch überprüfbare, Integrations-Ziele setzen. Ziele, die wir gemeinsam erfüllen und von denen sowohl die Neuankömmlinge, als auch die Gesamtgesellschaft profitieren werden: Denn es geht jetzt um die kommunale Organisation von Arbeit, Wohnung und Bildung. Davon haben langfristig alle etwas. DWI-Präsident Marcel Fratzscher hat das jüngst so formuliert: „Die Flüchtlinge zahlen die Rente der Babyboomer.“⁴ Immerhin sind sechzig Prozent von ihnen unter fünfundzwanzig Jahre alt.

Ambitioniert und chancenorientiert nach vorne denken und dabei die besondere Situation der Schwachen, der Alten, der Behinderten, der Kranken und der Traumatisierten nicht vergessen, sondern ihnen gerecht werden – diesen Geist der Zuversicht, der Menschenfreundlichkeit und der Nächstenliebe würde ich an Stelle von German Angst gerne entfacht sehen in unserem Land. Der Entwurf für ein Integrationsgesetz, der gestern Gegenstand einer Sachverständigen-Anhörung im Deutschen Bundestag war, ist leider nicht davon getragen. Es ist ein zu wenig ambitioniertes Gesetz herausgekommen, das den Geist des Misstrauens atmet – und das ist - freundlich gesagt - wenig hilfreich. Denn es unterstellt den Schutzsuchenden mangelnden Integrationswillen. Diese Unterstellung ist durch nichts zu belegen und stimmt überhaupt nicht mit den Erfahrungen überein, die wir als Diakonie flächendeckend in unserer vielfältigen Arbeit mit Flüchtlingen machen. Statt Anreize zu setzen, schwingt das Gesetz die Drohkeule und verhängt Sanktionen für angeblich mangelnde Integrationsbereitschaft.

Ganz neue, hohe Hürden schafft der Gesetzesentwurf beim Zugang zu einem unbefristeten Aufenthaltstitel für Flüchtlinge. Anforderungen werden gestellt, die so hoch sind, dass viele, zum Beispiel ältere Menschen und Analphabeten, sie nie werden erfüllen können. Die vorgesehene zwangsweise Wohnsitzzuweisung wird Integration hemmen, nicht fördern, weil sie nicht Rücksicht nimmt auf tatsächliche Jobchancen, bestehende soziale Netzwerke, Integrationserfolge wie einen Minijob, die Kitaeingewöhnung des Kindes und die vielleicht gerade erreichte Stabilität vielfach belasteter Menschen. Selbst die adäquate Versorgung Behinderter scheint nicht gesichert.

Ärgerlich ist der Versuch im Gesetzesentwurf quasi nebenbei, ohne inhaltliche Begründung und ohne Sachzusammenhang zur Integration, weitere Asylrechtsänderungen durchzusetzen. Wir befürchten, dass

⁴ Vgl. Die Welt, 12.03.2016, Bettina Markmeyer: „Flüchtlinge werden Renten der Babyboomer zahlen“.

durch die geplanten Asylrechtsänderungen die Aufgaben des Flüchtlingsschutzes auf Staaten außerhalb der EU abgewälzt werden sollen.

Das lehnt die Diakonie entschieden ab. Wir stehen dafür ein, dass Flüchtlinge auch weiterhin in Deutschland und Europa dauerhaft Schutz bekommen – so wie das der Grundgedanke der Genfer Flüchtlingskonvention und des Grundgesetzes fordert.

Wir wollen es ändern, dass Familien und soziale Netzwerke auseinandergerissen werden, dass Kranke wegen Sprachproblemen nicht die ärztliche Versorgung bekommen, die sie brauchen, dass Männer und Frauen wegen eines Arbeitsverbots oder einer Vorrangprüfung für viele lange Monate oder Jahre zum Nichtstun verdammt sind. Wir befürchten: alles, was auf der Gesetzgebungsebene – etwa bei der Wohnsitzzuweisung - unklar bleibt, Rechte und berechnete Interessen verletzt und Hemmnisse schafft, das wird im Alltag unserer Beratungsstellen, bei Behörden und Gerichten eins zu eins und tausendfach wieder ankommen.

Eine solche in Gesetze gehüllte abweisende Haltung transportiert sich, schürt Ressentiments gegenüber Geflüchteten. Und das befördert Integration sicher nicht.
Das können wir besser.

Mit diesem „Wir“ möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf einen weiteren entscheidenden Faktor für gelingende Integration lenken, der in den Debatten um Geld und Gesetze zu oft untergeht: Denn was die Menschen, die bei uns Zuflucht und Zukunft suchen, mindestens genauso dringend brauchen wie Arbeit und Wohnung sind andere Menschen: Nachbarn, Bekannte, Freundinnen und Freunde, hoffentlich bald Kolleginnen und Kollegen, irgendwann auch Familienmitglieder.

Auch deswegen ist es so bedeutend, dass sich die Integrationsarbeit auf die Schultern vieler verteilt. In der Nachbarschaft wachsen Beziehungen, nicht nur Beziehungen zwischen Alt–Einwohnern und Neu–Einwohnern. Sondern auch Beziehungen zwischen alteingesessenen Menschen, die sich ohne die Ankunft der Flüchtlinge nie kennengelernt hätten.

Wie viele neue Netzwerke zwischen Institutionen, Parteien, Kirchengemeinden, Sportvereinen, Theatern, Flüchtlingsinitiativen sind entstanden und entstehen noch! Wie viele Geschichten gäbe es hier zu erzählen! Diese Beziehungen bilden die Basis für ein neues gesellschaftliches Wir. Für ein weltoffenes und tolerantes Zusammenleben der Verschiedenen.

Integration braucht Menschen. Ich bin zuversichtlich: Auch in Zukunft werden sich Menschen begeistern lassen für diese Aufgabe.

Doch um nachhaltig zu sein, braucht die Kultur des Ehrenamts – das wissen wir in der Diakonie mit 750.000 bürgerschaftlich Engagierten schon lange – auch professionelle Koordination und Förderung. Auch hier könnten die Kommunalen Runden Tische ein entscheidendes Instrument sein, um die Kräfte von Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu bündeln. Die Haupt–Integrationsfelder Wohnung, Sprache, Schule und Arbeit müssen dabei gleichzeitig bearbeitet werden. Dazu sind schnell erhebliche Investitionen und eine entsprechende Ausstattung der Kommunen nötig: Im Sozialen Wohnungsbau wie beim Ausbau von Schulen und Kindertagesstätten. Hier sind erste Schritte getan worden. Ans Ziel gelangen wir nur, wenn Staat, Land und Kommunen, aber auch Verbände und Zivilgesellschaft noch stärker zusammenarbeiten. Auf der kommunalen Ebene entscheidet sich viel. –
Vor allem, wenn sie europäisch gedacht wird. Für nachdenkenswert halte ich die Idee, die im Kreise der europäischen Sozialdemokratie um Gesine Schwan aufgekommen ist. Caterina Lobenstein schrieb neulich unter der Überschrift „Bürgermeister, übernehmen Sie“ in der Wochenzeitung „Die Zeit“⁵ darüber: „Was aber wäre, wenn man im komplexen Geflecht der europäischen Asylpolitik die nationale Ebene umginge

⁵ Caterina Lobenstein: „Bürgermeister, übernehmen Sie“, aus: Die Zeit, 19. Mai 2016.

und sich direkt an die Kommunen wendete? Wenn also die EU-Kommission nicht mehr mit störrischen Nationalregierungen verhandelte, sondern direkt mit denen, die sich am Ende um die Flüchtlinge kümmern: mit den Bürgermeistern der Städte und Gemeinden? Nicht Deutschland, Polen und Frankreich würden dann um die Verteilung der Flüchtlinge feilschen, sondern Tuttlingen, Slubice und Toulouse. ... Im Detail geht diese Idee so: Bürgermeister aus Städten oder Dörfern, die Flüchtlinge aufnehmen möchten, schreiben gemeinsam mit lokalen Unternehmern, Kirchen und Vereinen eine Bewerbung. Sie erklären darin, wie viele Flüchtlinge sie aufnehmen und was sie ihnen bieten können: Arbeitsplätze, Wohnraum, Sprachkurse. Sie geben an, welche Kosten sie für ihre Kommune erwarten und welche Gewinne – etwa weil durch den Zuzug offene Lehrstellen besetzt oder Schulen vor der Schließung bewahrt werden könnten.

Das Geld, das die Kommunen für die Versorgung der Flüchtlinge brauchen, wird in diesem Modell nicht mehr vom Bund oder den Ländern überwiesen, sondern direkt von der Europäischen Union.⁶

Damit Integration gelingen kann, brauchen wir in der deutschen, in der europäischen Politik, „Durchbrüche“, wie den in der Wand des Deutschen Pavillons auf der Biennale.
„Making Heimat“ braucht Inspiration, Neues Denken und Improvisation.

Der Innenminister unseres Landes hat vor kurzem bei einem öffentlichen Vortrag von seinen vielen Vorortgesprächen mit Verantwortlichen in den vergangenen Wochen und Monaten erzählt. In allen Gesprächen berichteten ihm Sozialdezernenten und Landkreisdirektoren, dass sie sich bei der Erstversorgung und Unterbringung über manche Verwaltungsvorschrift hinweggesetzt hätten. Wir brauchen noch mehr Menschen, die sich zuerst fragen: Wie schaffen wir jetzt die Gelingensvoraussetzungen für Integration möglichst schnell und erfolgreich?

5. Die Kultur der Improvisation

Integration braucht die Gabe der Improvisation. Eine Kultur der Improvisation speist sich aus Geistesgegenwart und gesundem Menschenverstand, aus der Fähigkeit aus dem Stehgreif mit Anderen etwas darzustellen oder herzustellen. Ungewohnte Allianzen einzugehen. Nicht zu verzweifeln, wenn Lösungen nicht sofort auf der Hand liegen. Auch nicht, wenn nicht alle Mittel vor Beginn zur Verfügung stehen. Manchmal erfordert Improvisation aber eben auch einen souveränen Umgang mit Regeln. Die Begabungen, die man zum Improvisieren braucht, sind auch in Deutschland ausreichend vorhanden und dürfen sich jetzt weiter entfalten: „Making Heimat“ braucht den Geist der Bastler und Heimwerker. Den der Globetrotter oder der Gamer am Computer.

Ich meine die Gaben der Köchin, die vor einem fast leeren Kühlschrank steht und doch ein schmackhaftes Gericht herzustellen vermag.

Das Improvisationstalent berufstätiger Eltern.

Ich meine die Deutschen mit Migrationshintergrund, die bereits unter uns leben und ihre kulturelle Beweglichkeit.

Und ich meine nicht zuletzt die Menschen, die unter den Lebensbedingungen der DDR nicht müde wurden, nach praktikablen Lösungen für die Alltagserleichterung zu suchen. Und die sich nach 1989 ohne Auswanderung oder Flucht plötzlich in einem neuen Land vorfanden – das sich keineswegs für alle als das gelobte Land entpuppte. Wie vielen hat ihr Improvisationstalent in die neue Gesellschaft hineingeholfen. Deutschland ist auch heute nicht das Gelobte Land, in dem Wohlstand für alle einfach herrscht. Das bleibt den Menschen, die aus zerstörten Gesellschaften zu uns kommen, zunächst mitunter verborgen. Viele

⁶ Ebd.

kennen aus den Medien nur die funkelnde Oberfläche unserer Konsumgesellschaft und tragen eine undifferenzierte Sehnsucht nach einem Leben in sich, das an diesem Glanz Anteil haben möchte. Das ist verständlich. Aber unrealistisch. Wir dürfen von den Menschen, die sich zu uns flüchten und bleiben wollen, Realismus erwarten. Und Engagement. Aber dafür müssen wir auch Vieles erklären, im Kleinen, im Großen, was uns selbstverständlich erscheint, aber für andere nicht selbstverständlich ist. Natürlich muss die deutsche Sprache gelernt werden. Aber wir müssen akzeptieren, dass nicht jeder und jede dazu gleich gut in der Lage ist. Es ist deswegen unverzichtbar, dass das Kursangebot erweitert und differenziert wird, dass es schon in den Gemeinschaftsunterkünften verlässliche Angebote geben muss. Bei der derzeitigen Angebotssituation mit Sanktionen zu drohen, ist bestenfalls ahnungslos, schlimmstenfalls populistisch.

Selbstverständlich müssen die Werte des Grundgesetzes als Fundament unserer Gesellschaft von allen Menschen, die hier leben wollen, anerkannt werden: Die Presse ist frei. Die Kunst ist frei. Frauen und Männer sind gleichberechtigt.

Natürlich muss Religiosität wieder ihren angemessenen Platz in unserem säkularen Gemeinwesen finden können. Kirchen, Synagogen und Moscheen und viele andere Religionsgemeinschaften und ihre Versammlungsorte gehören zu Deutschland. Und eine zivile und öffentliche Form gelebter Religion ist ein Segen – auch im säkularen Staat!

Wir werden darüber zu diskutieren haben. Und zwar nicht nur mit den Menschen, die Zuflucht und Zukunft bei uns suchen, sondern auch mit denen, die ihren Hass auf alles Fremde so ungeniert ausleben, dass es einem fast die Sprache verschlägt. - Aber den Gefallen, zu schweigen werden wir diesen Schreihälsen und ihren regressiven Konzepten nicht tun! Wir hören nicht auf damit, Respekt und adäquate Lösungen für komplexe Fragestellungen einzufordern.

Doch auch Respekt - Christen sprechen sogar von Nächstenliebe - muss immer wieder aufs Neue eingeübt werden. Respekt ist nicht einfach da. Nächstenliebe schon gar nicht. Man muss beides wollen und einüben. Gegenseitiger Respekt ist das kleine Einmaleins unserer Kultur. Man sollte es im Schlaf können und bereits im Kindergarten üben. - Ohne das Einüben von Respekt, gibt es keine Demokratie und erst recht keine Nächstenliebe.

6. Integration ist ein Marathonlauf, der gerade erst begonnen hat

Integration geht uns alle an. Integration beginnt im Kopf und im Herzen. Integration beginnt mit dem ersten Tag.

Und: Integration ist ein Marathonlauf, sehr geehrte Damen und Herren, ein Marathonlauf, der gerade erst begonnen hat.

Was es bedeutet, einen Marathon zu laufen, können wir derzeit in vielen Städten erleben. Die Marathonsaison hat wieder begonnen. Nicht nur in Deutschland treffen sich in den kommenden Monaten landauf landab Läuferinnen und Läufer, die lange trainiert haben, um die gewaltige Strecke laufen zu können. Alte, Junge, Männer, Frauen, Sportliche und solche, die es einfach wissen wollen. Auch Rollstuhlfahrer sind dabei. Es ist die schiere Lust an der Größe der Aufgabe, die viele motiviert. Das wünsche ich uns auch auf dem Integrationsmarathon, den wir alle in Deutschland gerade miteinander beginnen. Wir alle. Nicht nur die Zuflucht- und Zukunftsuchenden. Unsere Motivation dabei ist: Wir laufen nicht allein, sondern mit anderen, deren Wille zur Mitarbeit eben keineswegs erschöpft oder verbraucht ist. Und wenn es gut läuft, gehen wir dieses anspruchsvolle Rennen als eine Art Staffellauf.

Ich komme zum Schluss: „Something fantastic“ heißt das Berliner Architekturbüro, das den Deutschen Pavillon in Venedig aufgebrochen hat. Es braucht auch Sinn für Fantastisches, um neue Wege zu gehen. „Es gibt nur eine Möglichkeit mit der Unvorhersehbarkeit der Zukunft umzugehen, nämlich ein Versprechen zu geben und sich schlicht daran zu halten“, hat Hannah Arendt einmal in schwierigen und unübersichtlichen Zeiten gesagt.

„Wir schaffen das!“ – Halten wir uns daran!

Die Wände des Deutschen Pavillons werden - im Sinne des Denkmalschutzes - am Ende der Biennale wieder sorgfältig geschlossen werden. Für Deutschland, für Europa wünsche ich mir etwas anderes: Offene Gesellschaften, die Bestand haben. Dafür stellen wir die Weichen jetzt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.